

N i e d e r s c h r i f t

über die konstituierende Sitzung des Ortsgemeinderates der Ortsgemeinde Gemünden
vom 02.07.2019 im Bürgerhaus in Gemünden

Anwesend

unter dem Vorsitz von

Dieter Kaiser

Agnes Chudy-Endres

geschäftsführender Ortsbürgermeister (Bis TOP 3)

Ortsbürgermeisterin (ab TOP 4)

Bares, Thomas

Ratsmitglied

Buß, Alexander

Ratsmitglied

Gutenberger, Stefanie

Ratsmitglied

Kammritz, Peter

Ratsmitglied

Ketzer, Olaf

Ratsmitglied

Kühnreich, Didacus

Ratsmitglied

Kühnreich, Tobias

Ratsmitglied

Lorenz, Alexander

Ratsmitglied

Macht, Carsten

Ratsmitglied

Püsch-Kasper, Christiane

Ratsmitglied

Roos, Elke

Ratsmitglied

Schmidt, Walter

Ratsmitglied

Stilz, Roman

Ratsmitglied

Strate, Melanie

Ratsmitglied

Es fehlten entschuldigt

Joos, Christian

Ratsmitglied

Peitz-Vier, Rene

Ratsmitglied

Ferner anwesend

Bürgermeister Harald Rosenbaum

Verwaltungs- u. Betriebswirtin (VWA) Sabine Bonn als Schriftführerin

Beginn: 19.30 Uhr

Ende: 20.30 Uhr

Vor Einstieg in die Tagesordnung stellte der Vorsitzende fest, dass zu der Sitzung ordnungsgemäß eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben war. Einwände wurden nicht erhoben.

1. Verpflichtung der Ratsmitglieder

Der Vorsitzende verpflichtete nach § 30 Abs. 2 GemO die anwesenden Ratsmitglieder des am 26. Mai 2019 neugewählten Ortsgemeinderates namens der Ortsgemeinde durch Handschlag auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Pflichten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung bat der Vorsitzende um Ergänzung der Tagesordnung und zwar TOP 2 – Niederschrift der letzten Sitzung. Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich damit.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. Niederschrift der letzten Sitzung

Die Niederschrift wurde in der vorliegenden Fassung nicht beanstandet.

3. Ernennung, Vereidigung und Einführung des Ortsbürgermeister

Der geschäftsführende Ortsbürgermeister Dieter Kaiser händigte die Ernennungsurkunde aus, er nahm die Vereidigung vor und führte Frau Agnes Chudy-Endres in das Amt ein.

4. Wahl, Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des 1. Beigeordneten

Hierzu wird auf die besondere Wahlniederschrift verwiesen (Anlage zur Niederschrift). Das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis lautete wie folgt:

Elke Roos 14 Stimmen;

bei 0 Gegenstimme, 0 Stimmenthaltung und 0 ungültigen Stimmen.

Frau Elke Roos nahm die Wahl an.

Im Anschluss an die Wahl händigte die Ortsbürgermeisterin die Ernennungsurkunden aus. Die Vereidigung und die Amtseinführung konnten aufgrund der Wiederwahl entfallen.

5. Wahl, Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des 2. Beigeordneten

Hierzu wird auf die besondere Wahlniederschrift verwiesen (Anlage zur Niederschrift). Das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis lautete wie folgt:

Olaf Ketzer 14 Stimmen;

bei 0 Gegenstimme, 0 Stimmenthaltung und 0 ungültigen Stimmen.

Herr Olaf Ketzer nahm die Wahl an.

Im Anschluss an die Wahl händigte die Ortsbürgermeisterin die Ernennungsurkunden aus, sie nahm die Vereidigung vor und führte den Beigeordneten in sein Amt ein.

6. Wahl, Ernennung, Vereidigung und Amtseinführung des 3. Beigeordneten

Hierzu wird auf die besondere Wahlniederschrift verwiesen (Anlage zur Niederschrift). Das vom Wahlausschuss festgestellte Ergebnis lautete wie folgt:

Melanie Strate **14** **Stimmen;**

bei 0 Gegenstimme, 0 Stimmenthaltung und 0 ungültigen Stimmen.

Frau Melanie Strate nahm die Wahl an.

Im Anschluss an die Wahl händigte die Ortsbürgermeisterin die Ernennungsurkunden aus, sie nahm die Vereidigung vor und führte die Beigeordnete in ihr Amt ein.

7. Bildung der Ausschüsse

Der Ortsgemeinderat beschloss die Wahl in offener Abstimmung durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Von den Fraktionen wurde ein gemeinsamer Wahlvorschlag eingebracht. Die Ausschüsse wurden in folgender Zusammensetzung gewählt:

a) Rechnungsprüfungsausschuss (3 Mitglieder)

Fraktion	CDU	BfG	FWG
Mitglieder	Tobias Kühnreich	Walter Schmidt	Rene´ Peitz-Vier
Stellvertreter	Christian Joos	Alexander Buß	Alexander Lorenz

Abstimmungsergebnis: einstimmig bei 1 Enthaltung

Die Vorsitzende nahm gemäß § 36 Abs. 3 Nr. 1 GemO an der Beschlussfassung nicht teil.

b) Bau- und Planungsausschuss (6 Mitglieder)

Fraktion	CDU	CDU	BfG	BfG	FWG	FWG
Mitglieder	Thomas Bares	Daniel Kleid	Carsten Macht	Thomas Odenbreit	Alexander Lorenz	Bernd Breitenstein
Stellvertreter	Didacus Kühnreich	Frank Groß	Christiane Püsch-Kasper	Helmut Pleyer	Rene´ Peitz-Vier	Heinz Müller

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Vorsitzende nahm gemäß § 36 Abs. 3 Nr. 1 GemO an der Beschlussfassung nicht teil.

c) Verkehrsausschuss (6 Mitglieder)

Fraktion	CDU	CDU	BfG	BfG	FWG	FWG
Mitglieder	Roman Stilz	Rolf Thiemann	Alexander Buß	Ruth Buhmann	Stefanie Gutenberger	Sandra Escher
Stellvertreter	Thomas Bares	Karla Frey	Christiane Püsch-Kasper	Daniela Pössl	Peter Kammritz	Susanne Pullig

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Vorsitzende nahm gemäß § 36 Abs. 3 Nr. 1 GemO an der Beschlussfassung nicht teil.

8. Neufassung der Hauptsatzung

Die neugefasste Hauptsatzung wurde vor der Sitzung an alle Ratsmitglieder verteilt, mit den jeweiligen Anmerkungen und Erläuterungen, die die Änderung der entsprechenden Passagen begründete.

Im Wesentlichen wurde in § 1 im Absatz 1 der 2. Satz gestrichen, da es sich hierbei um einen doppelten Passus handelte. Der Absatz 6 im § 1 wurde gestrichen, da die Musterhauptsatzung dies nicht mehr vorsieht.

Neu hinzugefügt wurde § 2 – Ältestenrat -. Nähere Regelungen hierzu erfolgen in der Geschäftsordnung, die noch von der Verwaltung vorzubereiten ist und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen ist.

In § 4 Abs. 2 wurde der letzte Satz gestrichen, da es keinen Haupt- und Finanzausschuss mehr gibt. In § 6 Abs. 2 wurde neu hinzugefügt, dass für die Verwaltung der Gemeinde bis zu 3 Geschäftsbereiche gebildet werden können, die auf die Beigeordneten zu übertragen sind.

In § 9 Abs. 1 wurde der letzte Halbsatz redaktionell an die Musterhauptsatzung angepasst.

Ein neuer Absatz 2 wurde in § 10 – Aufwandsentschädigung für weitere Ehrenämter eingefügt. Neben dem Beauftragten für Senioren wurde nun auch ein Beauftragter für Jugendliche eingefügt. Dieser soll ebenfalls wie der Seniorenbeauftragte eine Aufwandsentschädigung von monatlich 25 € erhalten.

Die Fraktion Bürger für Gemünden hatte einen Antrag auf Umbenennung des Verkehrsausschusses in Ausschuss für Umwelt, Tourismus und Kultur gestellt. Dem Antrag wurde nach Erläuterungen und kurzer Diskussion zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 11 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen

Der neu eingefügte § 6 Abs. 2 – es können bis zu 3 Geschäftsbereiche gebildet werden-, wurde zunächst diskutiert. Sabine Bonn erläuterte, dass man mit dieser Regelung in der Hauptsatzung sehr flexibel sei. Es könnten bis zu 3 Geschäftsbereiche eingerichtet werden, müssten aber nicht. Darüber hinaus müsse über die Einrichtung dieser Geschäftsbereiche der Ortsgemeinderat beschließen.

Die Vorsitzende bat um gesonderte Abstimmung über diesen neu gefassten § 6 Abs. 2.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Hauptsatzung wird wie folgt insgesamt beschlossen:

Hauptsatzung

der Ortsgemeinde Gemünden

vom 02. Juli 2019

Der Ortsgemeinderat hat auf Grund der §§ 24 und 25 Gemeindeordnung (GemO), der §§ 7 und 8 der Landesverordnung zur Durchführung der Gemeindeordnung (GemODVO) und des § 2 der Landesverordnung über die Aufwandsentschädigung kommunaler Ehrenämter (KomAEVO) die folgende Hauptsatzung beschlossen, die hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Öffentliche Bekanntmachungen, Bekanntgaben

- (1) Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde erfolgen in der Wochenzeitung "Mitteilungen der Verbandsgemeinde Kirchberg/Hunsrück". Öffentliche Bekanntmachungen der Ortsgemeinde erfolgen in einer Zeitung.
- (2) Karten, Pläne oder Zeichnungen und damit verbundene Texte oder Erläuterungen können abweichend von Absatz 1 durch Auslegung in einem Dienstgebäude der Verbandsgemeindeverwaltung zu jedermanns Einsicht während der Dienststunden bekannt gemacht werden. In diesem Fall ist auf Gegenstand, Ort (Gebäude und Raum), Frist und Zeit der Auslegung spätestens am Tage vor dem Beginn der Auslegung durch öffentliche Bekanntmachung in der Form des Absatzes 1 hinzuweisen. Die Auslegungsfrist beträgt mindestens sieben volle Werktage. Besteht an dienstfreien Werktagen keine Möglichkeit der Einsichtnahme, so ist die Auslegungsfrist so festzusetzen, dass an mindestens sieben Tagen Einsicht genommen werden kann.
- (3) Soweit durch Rechtsvorschrift eine öffentliche Auslegung vorgeschrieben ist und hierfür keine besonderen Bestimmungen gelten, gilt Absatz 2 entsprechend.
- (4) Dringliche Sitzungen im Sinne von § 8 Abs. 4 GemODVO des Ortsgemeinderates oder eines Ausschusses werden abweichend von Absatz 1 durch Aushang an der Bekanntmachungstafel, die sich am Dienstgebäude der Ortsgemeinde in der Raiffeisenstraße befindet, bekannt gemacht, sofern eine rechtzeitige Bekanntmachung gemäß Absatz 1 nicht mehr möglich ist.
- (5) Kann wegen eines Naturereignisses oder wegen anderer besonderer Umstände die vorgeschriebene Bekanntmachungsform nicht angewandt werden, so erfolgt in unaufschiebbaren Fällen die öffentliche Bekanntmachung durch öffentlichen Ausruf. Die Bekanntmachung ist unverzüglich nach Beseitigung des Hindernisses in der vorgeschriebenen Form nachzuholen, sofern nicht der Inhalt der Bekanntmachung durch Zeitablauf gegenstandslos geworden ist.

§ 2 Ältestenrat

Der Gemeinderat bildet einen Ältestenrat, der den Bürgermeister in Fragen der Tagesordnung und den Ablauf der Sitzungen des Gemeinderates berät. Das Nähere über die Zusammensetzung, die Aufgaben, den Geschäftsgang und die Vereinbarung von Redezeiten bestimmt die Geschäftsordnung des Gemeinderates.

§ 3 Ausschüsse des Ortsgemeinderates

(1) Der Gemeinderat bildet folgende Ausschüsse mit folgender Mitgliederzahl:

1. Rechnungsprüfungsausschuss (3 Mitglieder),
2. Ausschuss für Umwelt, Tourismus und Kultur (6 Mitglieder),
3. Bau- und Planungsausschuss (6 Mitglieder).

Für jedes Mitglied werden bis zu 2 Stellvertreter gewählt.

(2) Die Mitglieder der Ausschüsse und deren Stellvertreter werden aus der Mitte des Ortsgemeinderates gewählt. Die folgenden Ausschüsse werden aus Mitgliedern des Ortsgemeinderates und sonstigen wählbaren Bürgerinnen und Bürgern der Ortsgemeinde gebildet:

1. Ausschuss für Umwelt, Tourismus und Kultur
2. Bau- und Planungsausschuss

Mindestens die Hälfte der Ausschussmitglieder soll Mitglied des Ortsgemeinderates sein; entsprechendes gilt für die Stellvertreter der Ausschussmitglieder.

§ 4 Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf Ausschüsse

- (1) Die Übertragung der Beschlussfassung über eine bestimmte Angelegenheit auf einen Ausschuss erfolgt durch Beschluss des Gemeinderates. Sie gilt bis zum Ende der Wahlzeit des Gemeinderates, soweit die Beschlussfassung dem Ausschuss nicht wieder entzogen wird. Die Bestimmungen dieser Hauptsatzung bleiben unberührt.
- (2) Soweit einem Ausschuss die Beschlussfassung über Angelegenheiten nicht übertragen ist, hat er innerhalb seines Zuständigkeitsbereiches die Beschlüsse des Gemeinderates vorzubereiten.
- (3) Dem Bau- und Planungsausschuss wird die Beschlussfassung über folgende Angelegenheiten übertragen:

1. Zustimmung zur Leistung überplanmäßiger und außerplanmäßiger Aufwendungen und Auszahlungen bis zu einem Betrag von 5.000 € ;
2. Verfügung über Gemeindevermögen sowie Hingabe von Darlehen der Ortsgemeinde bis zu einer Wertgrenze von 5.000 €, soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
3. Zeitpunkt und Höhe der Aufnahme von Krediten nach Maßgabe der Haushaltssatzung;
4. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 20.000 €, soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
5. Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 2.500 €, soweit die Entscheidung hierüber nicht dem Ortsbürgermeister übertragen ist;
6. die Entscheidung über die Vermittlung und die Annahme von Sponsoringleistungen, Spenden, Schenkungen und ähnliche Zuwendungen gemäß § 94 Abs. 3 Satz 5 GemO bis zu einer Wertgrenze von 10.000 € im Einzelfall.

Die Entscheidung erfolgt im Falle von Kleinbeträgen bis zu 500,00 € je Einzelfall einmal vierteljährlich durch verbundenen Beschluss.

§ 5

Übertragung von Aufgaben des Ortsgemeinderates auf den Ortsbürgermeister

Auf den Ortsbürgermeister wird die Entscheidung in folgenden Angelegenheiten übertragen:

1. Verfügung über Gemeindevermögen sowie Hingabe von Darlehen der Ortsgemeinde bis zu einer Wertgrenze von 2.500 € im Einzelfall;
2. Vergabe von Aufträgen und Arbeiten im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel bis zu einer Wertgrenze von 2.500 € im Einzelfall;
3. Aufnahme von Krediten nach Maßgabe der Entscheidungen des Ortsgemeinderates oder des zuständigen Ausschusses;
4. Gewährung von Zuwendungen im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel nach Maßgabe allgemeiner Grundsätze und Richtlinien des Ortsgemeinderates bis zu 500 € im Einzelfall;
5. Erhebung von Vorausleistungen oder Vorauszahlungen auf laufende Entgelte;
6. die Ausübung des Vorkaufsrechtes bis zu einem Wert von 20.000,00 € im Einzelfall;
7. Einvernehmen in den Fällen des § 14 Abs. 2, § 31 und § 33 BauGB sowie in den Fällen des § 34 und § 35 BauGB, wenn durch das Bauvorhaben die Grundzüge der städtebaulichen Entwicklung und Ordnung nicht berührt werden;
8. Erteilung von Genehmigungen nach §§ 144 und 145 BauGB zu genehmigungspflichtigen Vorhaben, Teilungen und Rechtsvorgängen im förmlichen Sanierungsgebiet, wenn die Grundzüge der Planung der Ortskernsanierung nicht berührt werden;
9. Entscheidung über die Einlegung von Rechtsbehelfen und Rechtsmitteln zur Fristwahrung.

§ 6 Beigeordnete

- (1) Die Ortsgemeinde hat bis zu drei Beigeordnete.
- (2) Für die Verwaltung der Gemeinden können bis zu 3 Geschäftsbereiche gebildet werden, die auf Beigeordnete zu übertragen sind.

§ 7 Aufwandsentschädigung für Mitglieder des Ortsgemeinderates

- (1) Zur Abgeltung der notwendigen baren Auslagen und der sonstigen persönlichen Aufwendungen erhalten die Gemeinderatsmitglieder für die Teilnahme an Sitzungen des Gemeinderates eine Entschädigung nach Maßgabe der Absätze 2 bis 5.
- (2) Die Entschädigung wird gewährt in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 10,- €
- (3) Neben der Entschädigung nach Absatz 2 wird nachgewiesener Lohnausfall in voller Höhe ersetzt; er umfasst bei Arbeitnehmern auch die entgangenen tariflichen und freiwilligen Arbeitgeberleistungen sowie den Arbeitgeberanteil zu den gesetzlichen Sozialversicherungsbeiträgen.
- (4) Neben der Aufwandsentschädigung erhalten die Gemeinderatsmitglieder für Dienstreisen Reisekostenvergütung nach den Bestimmungen des Landesreisekostengesetzes.
- (5) Bei Teilnahme an mehreren Sitzungen an einem Tag wird nur ein Sitzungsgeld gewährt.

§ 8 Aufwandsentschädigung für Mitglieder von Ausschüssen

- (1) Die Mitglieder der Ausschüsse des Gemeinderates erhalten eine Entschädigung in Form eines Sitzungsgeldes in Höhe von 10,- €.
- (2) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des § 7 Abs. 3 bis 5 entsprechend.

§ 9 Aufwandsentschädigung der Beigeordneten

- (1) Der ehrenamtliche Beigeordnete erhält für den Fall der Vertretung des Ortsbürgermeisters eine Aufwandsentschädigung in Höhe der Aufwandsentschädigung des Ortsbürgermeisters gemäß § 12 Abs. 1 Satz 1 KomAEVO. Erfolgt die Vertretung des Ortsbürgermeisters nicht für die Dauer eines

vollen Monats, so beträgt sie für jeden Tag der Vertretung ein Dreißigstel des Monatsbetrages der dem Ortsbürgermeister zustehenden Aufwandsentschädigung. Erfolgt die Vertretung während eines kürzeren Zeitraumes als einen vollen Tag, so beträgt die Aufwandsentschädigung insgesamt die Hälfte des Tagessatzes nach Satz 2. Eine nach Absatz 2 gewährte Aufwandsentschädigung ist anzurechnen.

- (2) Ehrenamtliche Beigeordnete ohne Geschäftsbereich, die nicht Gemeinderatsmitglied sind und denen keine Aufwandsentschädigung nach Absatz 1 gewährt wird, erhalten für die Teilnahme an den Sitzungen des Gemeinderates und der Ausschüsse die für Gemeinderatsmitglieder festgesetzte Aufwandsentschädigung.
- (3) Ehrenamtliche Beigeordnete, die nicht Mitglied des Verbandsgemeinderates sind, jedoch in Vertretung des Ortsbürgermeisters an Sitzungen des Verbandsgemeinderates teilnehmen und denen keine Aufwandsentschädigung nach den Absätzen 1 oder 2 gewährt wird, erhalten für die Teilnahme an diesen Sitzungen von der Ortsgemeinde eine Aufwandsentschädigung. Sie beträgt je Sitzung die Hälfte des Tagessatzes gemäß Absatz 1 Satz 2, mindestens jedoch 10,00 €. Entsprechendes gilt für die Teilnahme an Besprechungen des Bürgermeisters der Verbandsgemeinde mit den Ortsbürgermeistern gemäß § 69 Abs. 4 GemO.

§ 10

Aufwandsentschädigung für weitere Ehrenämter

- (1) Beauftragte für Senioren erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form einer monatlichen Pauschale in Höhe von 25,00 €.
- (2) Beauftragte für Jugendliche erhalten eine Aufwandsentschädigung in Form einer monatlichen Pauschale von 25,00 €.

§ 11

Inkrafttreten

- (1) Die Hauptsatzung tritt rückwirkend zum 01.06.2019 in Kraft.
- (2) Gleichzeitig tritt die Hauptsatzung vom 04.07.2014 außer Kraft.

Gemünden, 02.07.2019
Ortsgemeinde Gemünden

Agnes Chudy-Endres
Ortsbürgermeisterin

Abstimmungsergebnis: einstimmig

Die Vorsitzende nahm an der Beschlussfassung gem. § 36 Abs. Abs. 3 Nr. 5 GemO nicht teil.

9. Verschiedenes

- Die Vorsitzende teilte mit, dass der Haushaltsplan 2019 genehmigt worden sei.
- Sie informierte darüber, dass sie einen Laptop für das Gemeindebüro beschaffen werde.
- Am 09.08.2019 findet in der Kulturscheune eine Weinprobe vom Verkehrsverein statt.
- In der 33. KW soll die nächste Ortsgemeinderatssitzung stattfinden. Der Termin werde noch abgestimmt.
- Sie bedankte sich bei allen für das entgegengebrachte Vertrauen.
- Nachrichtlich:

Fraktionssprecher:

Fraktion	CDU	BfG	FWG
Fraktionssprecher	Thomas Bares	Christiane Püsch-Kasper	Peter Kammritz
Stellvertreter	Tobias Kühnreich	Carsten Macht	Stefanie Gutenberger

Ältestenrat:

Fraktion	CDU	BfG	FWG
Bürgermeisterin	Agnes Chudy-Endres		
Beigeordnete	Olaf Ketzer	Melanie Strate	Elke Roos
Fraktionssprecher	Thomas Bares	Christiane Püsch-Kasper	Peter Kammritz

Agnes Chudy-Endres
(Ortsbürgermeisterin)

Sabine Bonn
(Schriftführerin)